

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

130. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 29. September 2011

Tagesordnungspunkt 10:

Antrag der Abgeordneten Gerold Reichenbach, Anette Kramme, Martin Dörmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Weitere Datenschutzskandale vermeiden – Gesetzentwurf zum effektiven Schutz von Beschäftigtendaten vorlegen** (Drucksache 17/7176)

15347 C

Anlage 8

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Antrags: Weitere Datenschutzskandale vermeiden – Gesetzentwurf zum effektiven Schutz von Beschäftigtendaten vorlegen (Tagesordnungspunkt 10)

Petra Pau (DIE LINKE): Es ist höchste Zeit!

Erstens. Wir reden wieder einmal über Datenschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die erste Forderung nach einem expliziten Gesetz stammt übrigens aus dem Jahr 1984. Ein entsprechendes Gesetz aber gibt es immer noch nicht. Keine Partei, die seither regierte, hat sich besonders hervorgetan: nicht die CDU/CSU, nicht die SPD, nicht die FDP, nicht Bündnis 90/Die Grünen.

Zweitens. Erst die gravierenden Datenschutzpannen und Überwachungsskandale der zurückliegenden Jahre – bei Lidl, bei der Telekom, bei der Bahn AG usw. – scheinen ein Umdenken bewirkt zu haben. Im Frühjahr dieses Jahres hat die aktuelle Bundesregierung endlich einen Gesetzentwurf vorgelegt. Er wird zu Recht kritisiert, auch von der Fraktion Die Linke.

Drittens. Ich stelle deshalb noch einmal grundsätzlich klar: Datenschutz bedeutet nicht, rechtlich zu regeln, wie möglichst viele Daten legal erfasst werden dürfen. Datenschutz bedeutet im Gegenteil, von definierten Ausnahmen abgesehen, das Erfassen, Speichern, Verknüpfen und Weitergeben persönlicher Daten zu unterbinden. Daran gemessen ist der Regierungsentwurf ein Rückschritt.

Viertens. Offene Videoüberwachung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern könnte per Gesetz alltäglich werden. Heimliche Videoüberwachungen würden erleichtert. Auf das und mehr haben die Sachverständigen nahezu unisono hingewiesen. Nach Vorstellungen der CDU/CSU und der selbsternannten Bürgerrechtspartei FDP verkäme die Arbeitswelt endgültig zur Castingshow. Das darf nicht sein.

Fünftens. Nun hat die SPD einen eigenen Antrag vorgelegt, nach der Linken und nach den Grünen. Ich wünschte, dass die Oppositionsfraktionen endlich gemeinsam auf hohe Datenschutzstandards für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer drängten, und dies mit den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften bündelt. Es ist spät, sehr spät oder, positiv formuliert:

Sechstens. Es ist höchste Zeit, zu handeln.